



Offener Brief an Bundesminister Wolfgang Schäuble

von Antonio Padoa-Schioppa

Sehr geehrter Herr Bundesminister Schäuble,

Bitte gestatten Sie, daß ich mich als italienischer europäischer Bürger an Sie wende und meine große Sorge und tiefe Beunruhigung angesichts der aktuellen Entwicklungen in Europa zum Ausdruck bringe.

Der Nachdruck, mit dem die Bundesrepublik und die deutsche Regierung an der strengen Ausgabenpolitik festhalten, ist nicht neu - er ist im Gegenteil seit dem Vertrag von Maastricht allseits bekannt. Und es ist sicher, daß das eine gute und richtige Entscheidung ist, die alle Länder befolgen sollten. Denn über Gebühr Schulden zu machen bedeutet, daß wir unseren Kindern und Enkeln eine Last aufladen, die ihnen ungerechte Opfer abverlangt - zu unserem Nutzen. Ich glaube, daß diese Botschaft nicht zuletzt dank der deutsche Regierung inzwischen allen einleuchtet.

Der *Fiscal Compact* hat die Instrumente stärker gemacht, damit er auch tatsächlich wirken kann. Unter der jetzigen Regierung von Mario Monti hat auch mein eigenes Land dies, so scheint es, endlich verstanden.

Aber das reicht nicht. In einer Phase der Rezession kann eine hastige, schlecht umgesetzte Therapie den Kranken eher umbringen als heilen. Die nationalen Haushalte genesen nicht, sondern sie werden rapide schwächer. Die Wirtschaft geht zurück, die Einnahmen sinken, und die unterschiedlichen Zinsbelastungen, wie die Märkte sie festlegen, steigen so stark, daß eine Stabilisierung unmöglich wird. Dies zeigt der Fall Griechenlands beispielhaft.

Es hätte von Anfang an klar sein müssen - und es muß jetzt um so klarer sein - daß kein Land des Euro-Raums sich selbst überlassen wird. Die Rettung Griechenlands - zu bestimmten Bedingungen, wohlgemerkt! - ist Pflicht: Sie ist richtig, angemessen, unverzichtbar. Das Schicksal des Euro, der immerhin mittlerweile die zweitwichtigste Währung der Welt ist, wäre besiegelt, wenn ein Land rausgeworfen würde. Und der Schaden für die anderen Mitgliedsländer, Deutschland eingeschlossen, wäre verheerend, auch in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht und mit Blick auf die Banken. Man möge sich davor hüten, leichtfertig zu sagen, Griechenlands Austritt sei machbar.

Die Bundesrepublik hat in diesem Moment eine gewaltige historische Verantwortung, mehr als jedes andere Land der Union. Die Lage der Euro-Zone scheint kaum mehr beherrschbar. Die deutsche Wirtschaft ist die stärkste in Europa, und sie profitiert sogar von der Krise der anderen. Die öffentliche Verschuldung in Deutschland ist um ein Drittel geringer als die italienische, aber die deutsche Zinssituation ist ungleich günstiger. Sie liegt heute fast bei Null, während sie in Italien bei 5% liegt. Da läuft etwas komplett verkehrt, und wir bewegen uns auf einem toten Gleis.

Zu Recht oder zu Unrecht (dazu will ich mich hier nicht äußern) sorgt die Regierung der Bundesrepublik in Europa für die Rückkehr einer antideutschen Stimmung, von der wir gehofft hatten, sie sei für immer verschwunden. Wenn sie wirklich zurückkehrt, wäre das furchtbar. Es wäre das Ende des Traums (der doch schon Wirklichkeit geworden war) vom europäischen Deutschland, das in den letzten 60 Jahren an die Stelle des Albtraum vom deutschen Europa getreten ist. Das wäre

das Ende der Vorstellung von europäischer Einigung. Wenn Persönlichkeiten Ihres Landes, mit der Erfahrung und dem Prestige eines Helmut Kohl, eines Helmut Schmidt, Gerhard Schröder, Joschka Fischer, Jürgen Habermas oder Ulrich Beck, um nur die prominentesten zu nennen, in den letzten Wochen laut Alarm geschlagen haben, ist das etwa kein Grund zur Sorge? Muß man dann nicht rasch nach Rettungswegen suchen und unter Hochdruck überlegen, was zu tun ist?

Die deutsche Regierung spielt mit dem Feuer. Das muß Ihnen bewußt sein.

Herr Bundesminister, wir haben jenes historische Papier nicht vergessen, mit dem Sie und Karl Lamers im November 1994 den Fortschritt der europäischen Gemeinschaft hin zu einer föderalen Union skizziert haben. Was damals eine schöne Vision war, ist heute die einzige, realistische, konkrete Alternative zur Krise der Union. Deren Auflösung wäre eine Katastrophe, die einem dritten Weltkrieg gleichkäme. Das einzige Projekt, mit dem sich Europa vor den Augen der Welt in der zweiten Hälfte des XX. Jahrhunderts ausgezeichnet hat, würde für immer untergehen, scheitern und verschwinden. Von solchen Rückschritten weiß die Menschheitsgeschichte leider immer wieder zu berichten. Sie wissen selbst am besten - und alle Fachleuten stimmen darin überein - daß der Zusammenbruch des Euro eine schwere Wirtschaftskrise für Deutschland selbst bedeuten würde.

Wenn die Lage nun so ist - unter welchen Bedingungen ist Ihre Regierung bereit, den Euro zu retten und gemeinsam mit dem europäischen Parlament die Einrichtung einer echten europäischen Fiskalunion zu unterstützen? Dieser notwendige Ausbau der Währungsunion war von Anfang an klar vorgezeichnet. Es war ja die Bundesrepublik selbst, die das den anderen Mitgliedsstaaten 1992 vorgeschlagen hatte. Damals war der Vorschlag am französischen Einspruch gescheitert. Man muß heute vor allem Frankreich und den anderen Ländern des Euro-Raums diesen Vorschlag erneut unterbreiten. Die derzeitige Krise macht das zwingend erforderlich.

Das ist der entscheidende Punkt. Wenn Deutschland sagt: Die Bedingung für die Entscheidung zugunsten eines großen Plans für die nachhaltige Entwicklung in Europa, für die Schaffung eines echten europäischen Fiskalpakts, inklusive eigene Mittel und Steuereinnahmen der Union, und zugunsten der Übernahme der gemeinsamen Verantwortung für die Schulden der Länder des Euro-Raums (wobei solche Maßnahmen natürlich rigoros dem Ausgleich der Haushalte dienen müßten, an dem die Länder, die sich in Schwierigkeiten befinden, mit Nachdruck zu arbeiten hätten) ist die Errichtung einer demokratischen Regierung der Union, also die gemeinsame Entscheidung, eine echte föderale politische Gemeinschaft zu schaffen, mit gemeinsamer Verteidigung und Sicherheit, die gegenüber dem europäischen Parlament und dem Rat der Unions-Staaten verantwortlich ist - *dann soll das von der deutschen Regierung klar und deutlich gesagt und gefordert werden, und zwar jetzt und nicht in irgendeiner unbestimmten Zukunft.*

Natürlich ist das ein komplexer Weg; aber was zählt, ist, daß das gemeinsame Ziel festgelegt wird und daß die Zwischentappen mit klarer Zeitvorgabe definiert werden. Auch die Märkte, die bekanntlich genau hinschauen, würden reagieren, sogar noch bevor das eigentliche Ziel erreicht ist.

Wir sind sicher, daß die Antwort positiv ausfällt, wenn Deutschland es den europäischen Partner so vorschlägt. Das EU-Parlament, das das einzige Organ ist, das die europäischen Bürger demokratisch vertritt, wird zustimmen. Italien wird zustimmen. Der Großteil der Regierungen der Union wird zustimmen. Und dieses Mal wird es sich Frankreich gut überlegen, ob es einen Weg ablehnen kann, welcher der einzige ist, um die Union und vor allem den Euro-Raum aus der Krise hin zu einer nachhaltigen Entwicklung in Richtung Zukunft zu führen.